

## 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland (IV)



Konrad Adenauer machte vor, worin kreative Außenpolitik bis heute besteht: einen engen Spielraum klug zu erweitern und internationalen Verpflichtungen gerecht zu werden. So wurden aus den Parias von 1945 allmählich die Musterknaben der Nachkriegsordnung, die Diplomatie der Gewalt vorziehen.

# Adenauers Projekt

Verlässlichkeit statt Sonderwege, Westbindung statt Revanchismus: Der erste Bundeskanzler legte die Bahnen fest, in denen sich Deutschland seither in der Welt bewegt. *Von Gerhard Spörl*



Staatsmänner Adenauer, de Gaulle (in Köln 1962): „Absichten und Möglichkeiten waren identisch“

Am 21. September 1949 fuhr Konrad Adenauer auf den Petersberg, um den drei Hohen Kommissaren seine Aufwartung zu machen. Seit wenigen Tagen war er Bundeskanzler der kleinen westlichen Republik, aber was hieß das schon? Die wahre Handlungsmacht und Regierungsgewalt lag bei den drei Siegermächten. Sie diktierten den Westdeutschen, was die durften und mussten, was ja auch kein Wunder war, nur vier Jahre nach Hitler, Krieg und Kapitulation. Weder im Westen noch im Osten besaß die Bundesrepublik feste Grenzen. Eigentlich war sie nicht mehr als ein ungefügtes Gebilde ohne Souveränität.

So stand es in dem Besatzungsstatut, einem Regelwerk der Alliierten für die Westdeutschen, das Adenauer an diesem Tag in Empfang nehmen sollte.

Die drei Kommissare wollten es feierlich überreichen, mit ein bisschen Pomp, dem Ereignis angemessen, aber es kam etwas dazwischen. Den Amerikaner John McCloy hielten Dienstgeschäfte davon ab, pünktlich zu sein. Der Staatsakt ließ auf sich warten. Und auf diese Weise entspann sich eine Episode, die charakteristisch war für das Verhalten Adenauers gegenüber den Siegermächten, für seinen Willen zur Selbstbehauptung unter widrigen Umständen, für sein Talent, kaum vorhandenen Spielraum zu erweitern.

Adenauer weigerte sich, den Petersberg, ein ehemaliges Hotel, das später zum Gästehaus der Bundesregierung wurde, zu betreten und irgendwo zu warten, bis er vorgelassen würde. Sein Biograf Henning Köhler beschreibt die innere Verfassung des Bundeskanzlers an diesem Septembertag so: Mit Pomp das Besatzungsstatut zu empfangen, „das war ihm bei seinem ausgeprägten Sinn für Würde und seiner Abneigung gegen Diskriminierungen zuwider. Er wollte kein Dokument feierlich entgegennehmen, das nichts anderes beinhaltete als die eigene Inferiorität“.

Adenauer und seine kleine Delegation blieben draußen vor dem Petersberg unter dem Portikus stehen. Es regnete, es war unschön, Adenauer schien sich verrannt zu haben. Aber dann kam McCloy heraus und löste die Spannung mit einem Satz auf: „Ich kann mir vorstellen, was Sie denken, Herr Bundeskanzler – ich wollte sagen, Sie denken jetzt sicher an Canossa.“

Sie gingen hinein. Das alliierte Protokoll sah vor, dass die drei Kommissare auf einem Teppich stehen sollten, und Adenauer sollte davor stehen. Natürlich war das ein Symbol des Gefälles zwischen den westlichen Siegermächten und den Deutschen. Aber wieder spielte Adenauer nicht mit, kühlen Blutes beging er einen Regelverstoß, missachtete das Protokoll und stellte sich vor John McCloy, André François-Poncet und Brian Robertson auf den Teppich. Auf Augenhöhe. Symbolisch. Und nahm das Besatzungsstatut entgegen.

Konrad Adenauer konnte sich manches herausnehmen, weil er nicht der typische Deutsche war. Im Spätsommer 1949 war er 73 Jahre alt, seine prägenden Jahre lagen weit zurück, vor dem Ersten Weltkrieg. Er war kein Nazi gewesen, kein Antisemit und auch kein Revisionist, denn Rückkehr zur Vergangenheit und zu verblichener Größe lagen ihm fern. Er war ein trickreicher Realist, er wollte der Republik Geltung verschaffen, in Europa und der Welt. Und er wollte beweisen, dass von diesen Westdeutschen nach 1945 keine Gefahr mehr ausgehen würde: keine Ressentiments, kein Revanchismus, kein Militarismus wie nach 1918.

Er war der richtige Mann zur richtigen Zeit, „weil Absichten und Möglichkeiten identisch waren“, schrieb Rudolf Augstein über den Bundeskanzler.



**Kanzler Brandt in Warschau 1970**  
„Ich hatte das Gefühl, stehen reicht nicht“



**Staatsmänner Gorbatschow, Kohl\***  
Großzügiger Verlierer der Geschichte

Was den Alliierten vorschwebte, machte sich Adenauer zu eigen. Deutschland, der Urheber des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust, sollte in internationalen Organisationen gezähmt werden. Der Kanzler forcierte die Westbindung, um Souveränität für sein geschrumpftes Land zu gewinnen.

Adenauer war Rheinländer, ein Antipreuße, nie ein Freund der Hauptstadt Berlin, über die er nach 1945 gesagt haben soll, sie habe ihren Charakter verloren. Er setzte Prioritäten, und die Wiedervereinigung gehörte nicht dazu.

60 Jahre sind seither vergangen. 60 Jahre sind in der Geschichte eine enorm lange Periode. Knapp 60 Jahre und Welten liegen zwischen Napoleon und der Bismarckschen Reichsgründung 1871. Etwas mehr als 60 Jahre und Welten liegen zwischen der Reichsgründung und Hitlers „Machtergreifung“ 1933. Adenauer aber ist etwas ziemlich Einmaliges geglückt, er hat die Fundamente der Republik gelegt, die heute noch unverändert stehen.

Die Welt hat sich ungemein gewandelt, aber die Bindungen und Bedingungen, unter denen deutsche Kanzler und Außenminister bis heute operieren, sind gleich geblieben: Europäische Gemeinschaft und Nato, besondere Beziehungen zu Frankreich und den USA, besondere Beziehungen auch zu Israel, Verständigung mit Russland. Darauf bauten seine Nachfolger auf.

Und so kam das ruhelose Deutschland endlich zur Ruhe. Keine Sonderwege mehr, sondern ungemein viel Kontinuität.

Im Rückblick erscheinen diese 60 Jahre wie eine lange, lineare Erfolgsgeschichte. Aus Feinden werden Freunde. Aus Nazis werden Demokraten. Aus dem Objekt der Siegermächte wird ein souveräner Staat. Vor allem aus heutiger Perspektive, angesichts der globalen Kapitalismuskrisis, in der dieses Modell gefährdet zu sein scheint, wirken die vergangenen 60 Jahre wie eine Anhäufung von kleinen Wundern.

Aber nichts ergab sich wie von selbst. Wenig ging glatt. Oft genug halfen die Zeitläufte, die weltpolitischen Veränderungen, die Adenauer zu seinem Vorteil zu nutzen verstand. Die Republik war, nach innen und außen, sein Projekt, das lange im Werden war, oft auch gefährdet, denn Berlin war die gefährlichste Stadt der Welt, in der sich ein Konflikt entzünden konnte, weil sich hier die atomar bewaffneten Weltmächte Amerika und die Sowjetunion gegenüberstanden.

In das kollektive Gedächtnis der Deutschen ist Adenauer vor allem als ein Kanzler mit schlichten Ansichten über den Kommunismus eingegangen, der Leute wie Hans Globke, den Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, ins Kanzleramt holte und für den Mief der fünfziger Jahre verantwortlich war. Alles richtig. Wichtiger

\* Mit Raissa Gorbatschowa im Juli 1990 im Kaukasus.



JUNG / JULSTEIN BILD (L.); STEFAN SCHIRPS (R.)

**US-Panzer in West-Berlin 1961, geöffnete Mauer am 11. November 1989: Friedliche Revolution mitten in Europa**

aber in den Gründerjahren der Republik war der andere Adenauer, der unruhige Geist, der Dränger, der danach strebte, den Status quo zu verändern, damit die Westrepublik keine „Macht zweiten Ranges“ bleiben musste. Der Außenpolitiker, der Frieden stiftete mit den Feinden von gestern, vor allem mit Frankreich.

Bis zur feierlich-staatstragenden Versöhnung in der Kathedrale von Reims im Juli 1962 war es allerdings ein weiter Weg. Noch kurz vor Gründung der Bundesrepublik hielt Robert Schuman eine Rede, in der er von seinem Wunsch nach „mehreren Deutschlands“ sprach, die sich „in autonomen Staaten organisieren“ sollten, ein Flickenteppich wie in früheren Jahrhunderten. Einen anderen Konfliktherd bildete das Saargebiet, an dessen Gruben und Eisenbahnen Frankreich, wie nach dem Ersten Weltkrieg, Interesse hegte. Wieder war die Saar so gut wie annektiert, der Franc war die Währung. Die Bundesrepublik akzeptierte die Abtrennung unter dem Vorbehalt, dass ein Friedensvertrag die Westgrenze festlegen sollte, genauso wie die im Osten.

Mehr ging erst einmal nicht, damals.

In die Geschichtsbücher ist Robert Schuman eingegangen als der Mann, der den Nachkriegsdeutschen als Erster die Hand reichte. In Wahrheit war Adenauer die treibende Kraft, während Schuman zunächst zögerte.

Am 21. März 1950 gab der Kanzler ein Interview, in dem er den überraschenden Vorschlag unterbreitete, Deutschland und Frankreich sollten eine Union bilden, zuerst ein Wirtschaftsparlament, nach dem Vorbild des deutschen Zollvereins im 19. Jahrhundert, und daraus sollte sich alles andere entwickeln. Es war der Versuch, aus der Isolation auszubrechen, und Schuman hielt, wie erwartet, nicht viel davon. Aber ein anderer Franzose, der später die Versöhnung mit Deutschland vollenden sollte, erwies Adenauer seine Reverenz, indem er ihn einen „guten Deutschen“ nannte: Charles de Gaulle, der damals ohne Amt war, aber als Kriegsheld eine

überlebensgroße Autorität in seinem Land. Das half.

Bald darauf platzte die „kleine Atombombe“, wie John McCloy den französischen Vorschlag nannte, der als Schuman-Plan in die Geschichte einging. Am 23. Juli 1952 trat die Montanunion in Kraft, ein europäischer Wirtschaftsverbund, dem außer der Bundesrepublik und Frankreich Belgien, Italien, die Niederlande und Luxemburg angehörten. Alle sechs Länder schufen einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl, für den der Zoll entfiel. „Zum ersten Mal nach der Katastrophe von 1945“, so schrieb Adenauer an Schuman, würden „Deutschland und Frankreich gleichberechtigt an einer gemeinsamen Aufgabe wirken“.

Die Montanunion war das Kerngehäuse der Europäischen Wirtschaftsgemein-

---



---

### **Zum ersten Mal seit 1945 wirkten Deutschland und Frankreich gleichberechtigt an einer Aufgabe.**

schaft, die fünf Jahre später gegründet wurde und sich bis hin zur Europäischen Union weiterentwickelte.

Ein Anfang.

Den Nordatlantischen Pakt, für den sich bald das Kürzel Nato durchsetzte, gab es schon seit April 1949. Die Pariser Zeitung „Le Monde“ schrieb bei der Gründung ziemlich hellsichtig, „dass die deutsche Wiederaufrüstung im Atlantikpakt enthalten sei wie der Keim im Ei“. Die Regierung Adenauer verpflichtete sich allerdings im selben Jahr, „die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte“ mit „allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln“ zu verhindern.

Das entsprach der Stimmung der Deutschen, sie waren antimilitaristisch. Sie wollten arbeiten, ihren Kindern zu essen geben, Möbel anschaffen, in absehbarer Zeit ein Auto kaufen und irgendwann mal in Urlaub fahren, nach Italien. Sie wollten in Ruhe gelassen werden, sie hatten genug

von Waffen und Soldaten, von Krieg, Tod und Verstümmelungen. Sie hatten Angst vor neuen Konflikten und neuen Berlin-Krisen.

Der Bundeskanzler hatte anderes im Sinn. Er gab einer US-Zeitung ein Interview, in dem er über Wiederbewaffnung ratierte. Es war einer seiner typischen Alleingänge, vorbei am Kabinett, vorbei am Parlament; demokratische Prozesse verlaufen anders. Die Alliierten erwärmten sich erst für diese Idee, als der Korea-Krieg im Sommer 1950 ausbrach.

Die kleine Republik wollte beides, sie wollte Anerkennung in der Welt finden, und sie verlangte größtmögliche Sicherheit. Das war damals so, und daran hat sich bis heute wenig geändert.

Im Frühjahr 1952 waren die Dinge noch im Fluss, als bei den Westmächten zwei diplomatische Noten eingingen, Sendeschreiben von Stalin. Der sowjetische Diktator, der den anderen deutschen Teilstaat seinem Imperium einverleibt hatte, machte den Vorschlag, es sollte eine gesamtdeutsche Regierung gebildet werden, mit der dann ein Friedensvertrag geschlossen werden könne. Die Besatzungstruppen sollten binnen Jahresfrist abziehen, Deutschland dürfe eine eigene Streitmacht besitzen, aber keinem militärischen Bündnis angehören.

Ein verlockendes Angebot, sagten die Patrioten, für die Wiedervereinigung an erster Stelle stand. Ein vergiftetes Angebot, sagte Adenauer.

Die Stalin-Noten lösten eine ungeheure Aufregung aus, sie spaltete das Land. Für viele Deutsche war die Teilung eine Wunde. Einige Patrioten sammelten sich in einer kleinen Partei, die zu Unrecht in Vergessenheit geraten ist, in der Gesamtdeutschen Volkspartei. Sie war der Hort des deutschen Protestantismus, das Gegenstück zur katholischen CDU. Zwei spätere Bundespräsidenten gehörten ihr an, Gustav Heinemann und Johannes Rau. Der junge Erhard Eppler war auch dabei, er schrieb über Stalin und sein Angebot: „War es nicht möglich, ja sogar einleuchtend,

dass er ein neutrales, freiheitlich-demokratisches Deutschland hinzunehmen bereit war, wenn sich nur nicht die Nato, von deutschen Divisionen unterstützt, an der Elbe etablierte?“

Die Patrioten aus protestantischem Geist suchten nach dem dritten Weg für ihr Land. Für sie hatte die Wiedervereinigung Vorrang vor der Westbindung, und wenn sie nur mit Neutralität zu bekommen war, dann sollte es eben so sein, ein neutrales Land zwischen Ost und West.

Ein Jahr später war es vorbei, mit dem dritten Weg, mit der GVP.

Erst starb Stalin, dann brach der Aufstand in der DDR aus und wurde niedergewalzt. Die große Debatte der Westdeutschen, was Vorrang haben sollte, Westbindung oder Wiedervereinigung, die Sicherheit unter Obhut der Alliierten oder das Risiko des dritten Wegs, war damit geklärt. Der Kanzler bekam bei der Bundestagswahl 1953 großen Zulauf. Jetzt hatte er seine Mehrheit.

Am 6. Mai 1955, zehn Jahre nach dem Krieg, den Deutschland über die Welt gebracht hatte, trat die kleine Republik in die Nato ein. Die Einbindung in den Westen war weit gediehen. Vieles war anders gekommen, als es die Alliierten im Sinn hatten. Vieles war anders gekommen, als es die Deutschen befürchteten mussten, als Hitler tot war und das Land in Ruinen lag.

Adenauers Werk war eigentlich vollendet, das Projekt gewann Konturen, es bewegte sich in den richtigen Bahnen. Jetzt endete auch das Besatzungsstatut, die Bonner Republik war so souverän, wie sie sein konnte.

Der Bundeskanzler war jetzt 79 Jahre alt, ein alter Herr. Vermutlich wäre heute sein Bild in Stein gemeißelt, hätte er 1955 die Größe besessen, seinen Abschied zu nehmen. Er besaß sie nicht, genauso wenig wie Churchill oder de Gaulle.

Aus Adenauers Sicht war diese kleine Republik nur eine Macht zweiten Ranges. Mittlerweile hatte Großbritannien erfolgreich Atomwaffen getestet, und Frankreich folgte. Adenauer wollte nachziehen, er erhob Anspruch darauf, dass auch sein Land Nuklearwaffen habe sollte. Er verstieg sich so weit, dass er später den Atomwaffensperrvertrag einen „Morgenthau-Plan im Quadrat“ nannte, weil die Bundesrepublik so eine Macht zweiten Ranges bleiben musste.

Helmut Schmidt sagte später zu den nuklearen Ambitionen Adenauers, die Franz Josef Strauß teilte: „Die Ausstattung der Bundesrepublik mit nuklearen Raketen, die Leningrad oder Moskau in Schutt und Asche legen konnten, musste die Sowjetunion in der gleichen Weise provozieren, wie etwa die Ausstattung Kubas mit derartigen Raketen die USA herausfordern musste.“

Ein Grund, um eine Weltkrise zu verursachen, um Krieg zu wagen.

## Vom Objekt zum Subjekt

Der deutsche Weg zur Souveränität

**21. September 1949** Das Besatzungsstatut legt die Befugnisse der West-Alliierten fest

**18. April 1951** Unterzeichnung des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion)

**10. März/9. April 1952** Stalin-Noten zur deutschen Frage: Einheit gegen Neutralität

**17. Juni 1953** Volksaufstand in Ost-Berlin und der DDR

**6. Mai 1955** Aufnahme der Bundesrepublik in die Nato

**25. März 1957** Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ zur Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

**13. August 1961** Bau der Mauer

**12. August 1970** Unterzeichnung des Moskauer Vertrags

**7. Dezember 1970** Unterzeichnung des Warschauer Vertrags

**21. Dezember 1972** Grundlagenvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR

**12. Dezember 1979** Verabschiedung des Nato-Doppelbeschlusses über Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper

**22. November 1983** Zustimmung des Bundestags zur Stationierung neuer US-Atomwaffen

**9. November 1989** Fall der Mauer



Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag gewinnt Gesamtdeutschland volle staatliche Souveränität

**12. September 1990** Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags in Moskau, der die Einheit besiegelt

**3. Oktober 1990** Deutsche Wiedervereinigung; fortan Tag der Deutschen Einheit

**24. März 1999** Beginn der Nato-Luftangriffe im Kosovo-Krieg unter deutscher Beteiligung

**22. Dezember 2001** Zustimmung des Bundestags zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr

Der Kanzler ging nicht, er erlebte seine bitterste Niederlage im Amt, 1961, als in Berlin die Mauer gebaut wurde. Auch wenn sie in Europa den Kalten Krieg eindämmte, schien seine Behauptung widerlegt zu sein, aus der Westbindung werde sich die Wiedervereinigung schon ergeben, irgendwie. Ein Bild aus diesen Tagen hat sich eingepreßt: Der alte Herr fährt mit dem 41 Jahre jüngeren John F. Kennedy im offenen Wagen durch Berlin. Zwei Männer, zwei Welten, zwei Jahrhunderte.

In den westdeutschen Gründerjahren gab es so etwas wie das Gesetz des Ortes. Für Adenauer, den Rheinländer, der im Ruch des Separatismus stand, lag die Ver-



Empfang für Kanzler Schröder im Kosovo 1999  
*Moralischer Überschwang*

söhnung mit Frankreich nahe. Wer, wie Willy Brandt, Regierender Bürgermeister der „Frontstadt“ Berlin war, für den lag es nahe, die Teilung zu mildern, die Mauer durchlässig zu machen. Wieder bestand kluge, kreative Außenpolitik darin, einen engen Spielraum zu erweitern.

Wahrscheinlich haben weder Brandt noch Adenauer ernsthaft erwartet, dass Kennedy militärisch den Mauerbau verhindern würde. Es blieb beim symbolischen Aufmarsch der US-Truppen an der Sektorengrenze. „Amerikaner, Briten und Franzosen waren der Meinung: Berlin lohnt keinen Krieg, die Deutschen lohnen auch keinen Krieg, und in Europa sind wir ohnehin zu schwach, um einen Krieg zu führen. Es war erschütternd“, sagt in der Rückschau Egon Bahr, Brandts Wortschmied und Chefdenker, dem die Formel „Wandel durch Annäherung“ einfiel.

Anfangs war die Ostpolitik nichts als praktische Lebenshilfe für die Berliner in beiden Teilen der Stadt. Zwischen 1963 und 1966 konnten die West-Berliner mit Passierscheinen für einen Tag in den Osten fahren, zunächst nur in der Weihnachtszeit. Da die Bonner Republik und das „Regime in Pankow“, wie die DDR im Westen abschätzig hieß, einander nicht anerkannten, musste man sich für die bürokratische Abwicklung etwas einfallen lassen: Aus dem Osten kamen angebliche Mitarbeiter der Deutschen Post zur Ausgabe der Pas-

sierscheine in den Westen, in Wahrheit Mitarbeiter der Stasi, wie jeder wusste.

1969 erlebte die kleine Republik den ersten Machtwechsel, Willy Brandt, der Emigrant, der Sozialdemokrat, wurde Bundeskanzler und machte sich zügig daran, seine Ostpolitik in die Wirklichkeit umzusetzen. Binnen dreier Jahre verabschiedete der Bundestag die Ostverträge: den Gewaltverzichtsvertrag mit der Sowjetunion, das Abkommen mit Polen und schließlich den Grundlagenvertrag mit der DDR.

Die drei Verträge gehören zusammen, sie bilden ein Gesamtkunstwerk. Die Deutschen machten ihren Frieden mit der Sowjetunion, der vierten Siegermacht, die Deutschland geteilt hatte. Die Bonner Republik erkannte die DDR an, allerdings unter dem Vorbehalt, der in einem Brief formuliert wurde, dass der Vertrag „nicht im Widerspruch zu dem Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.

### Die Deutschen konnten Macht in den Verhältnissen erlangen, nicht aber Macht über die Verhältnisse.

Dazu erkannte die Regierung Brandt nun auch die Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens an. Über das kleine Polen hatte Hitler-Deutschland grenzenloses Unglück gebracht.

Am 7. Dezember 1970 reiste Bundeskanzler Brandt nach Warschau und legte am Mahnmahl im jüdischen Ghetto einen Kranz nieder. Er bückte sich, ordnete die Schleifen und sank plötzlich auf die Knie. So verharrte er einen Augenblick, stand auf und ging schweigend davon.

Natürlich wurde Brandt gefragt, ob er einer spontanen Eingebung gefolgt sei. Karg antwortete er, so hat es Egon Bahr überliefert: „Ich hatte plötzlich das Gefühl, stehen allein reicht nicht.“

Das Bild des knienden Kanzlers ging um die Welt, es ist zum Inbegriff einer politischen Symbolhandlung geworden, die mehr sagt als Worte. Auch dafür, vermutlich, erhielt Brandt ein Jahr später den Friedensnobelpreis.

Allerdings wäre die Regierung Brandt an ihrer Ostpolitik fast gescheitert. Die kleine westliche Republik erlebte eine gewaltige Zerreißprobe, das Land war gespalten, der Kanzler musste sich als Landesverräter bezichtigen lassen, der vor den Forderungen der Sowjets kapituliere. „So nicht!“, hielt ihm Oppositionsführer Rainer Barzel entgegen. Die Papiere und Vorlagen, die Egon Bahr, eine zentrale Figur in den Verhandlungen mit Moskau, schrieb, fanden ihren Weg in die Presse. Die Regierung verlor die Mehrheit im Bundestag

und überstand mit Glück und einiger Nachhilfe für finanziell zugängliche Unionsabgeordnete ein konstruktives Misstrauensvotum.

Und wieder sorgte eine Bundestagswahl für klare Verhältnisse: Eine Mehrheit der Deutschen war für Frieden und Gewaltverzicht, für die Ergänzung der Westbindung durch Ost- und Entspannungspolitik.

„Meine Regierung nimmt die Ergebnisse der Geschichte an“, sagte Brandt. Sie konnte es tun, weil die beiden antagonistischen Weltmächte Interesse an Entspannung in Europa hegten. Der bipolare Konflikt verlagerte sich seit Jahren auf andere Kontinente: auf Asien, wo Amerika verhindern wollte, dass erst Vietnam und dann andere Dominosteine dem Kommunismus

mel „Kooperation statt Konfrontation“. Dennoch waren ihm die Deutschen nicht geheuer, er befürchtete, sie könnten ins alte Fahrwasser des Nationalismus zurückfinden, dem Historiker stand Rapallo vor Augen, ein neuer deutscher Sonderweg mit Russland, wie nach dem Ersten Weltkrieg.

Die Bindung der Republik an den Westen hatte aber Wurzeln geschlagen. Brandt schrieb lakonisch: „Die US-Regierung wusste, dass wir nicht im Traum auszuscheren gedachten, es im Übrigen auch gar nicht gekonnt hätten.“

Nichts hatte sich seit Adenauer geändert, deutsche Außenpolitik bestand darin, Souveränität durch internationale Verträge zu erlangen. So, wie die Dinge standen, konnten deutsche Regierungen Macht in



Demonstranten im Bonner Hofgarten (Oktober 1981): Äquidistanz zu beiden Weltmächten

zufielen, vergebens, auch auf Afrika, wo Land auf Land von seinen Kolonialherren in die Unabhängigkeit entlassen worden war. Im Vergleich dazu war Europa fast ein friedlicher Erdteil, zumindest einer, auf dem sich der Kalte Krieg eindämmen ließ.

„Mir war bewusst“, schreibt Brandt in seinen „Erinnerungen“, „dass unser nationales Interesse es keinesfalls erlaube, zwischen dem Westen und dem Osten zu pendeln.“ Er erzählt auch, in leicht mokantem Ton, vom „nur mühsam verborgenen Misstrauen“ in den westlichen Hauptstädten – „nach meiner Wahrnehmung am wenigsten in London; in Paris mit erheblichen Schwankungen zwischen sanftem Verständnis und wilder Spekulation; in Washington lagen die Dinge so einfach: ‚Wenn schon Entspannung mit der Sowjetunion, dann machen wir sie‘“.

Der größte Skeptiker war der Nationale Sicherheitsberater im Weißen Haus, Henry Kissinger, Emigrant aus Fürth und Inbegriff des kühlen Realpolitikers. Natürlich gingen die USA voran in der Entspannungspolitik, Kissinger fand dafür die For-

den Verhältnissen gewinnen, aber nicht Macht über die Verhältnisse. So ist es auch heute noch.

Im Jahr 1973 wurden die beiden deutschen Staaten gemeinsam in die Vereinten Nationen aufgenommen. Die Ostpolitik, die mit Willy Brandt verbunden ist, ergänzte die Westpolitik, die mit Konrad Adenauer verbunden bleibt. Der Kreis schloss sich. Die großen historischen Entscheidungen in diesem Kalten Krieg schienen fürs Erste gefallen zu sein.

Helmut Schmidt ist ein geschichtsbesusster Mann. Von Anfang an lag ein Schatten über seiner Kanzlerschaft. Was blieb ihm? In seiner Regierungserklärung sprach er 1974 davon, er werde sich „in Realismus und Nüchternheit auf das Wesentliche“ beschränken, seine Leitmotive lauteten „Konzentration und Kontinuität“.

Zur Außenpolitik, wie sie Helmut Schmidt verstand, gehörte strategisches Denken, ein Verständnis für nukleare Waffenpotentiale auf allen Seiten. Amerika und die Sowjetunion übten damals auf ihre Weise Entspannung, sie froren die Anzahl

ihrer atomar bestückten Interkontinentalraketen ein, ein Fortschritt nach damaligem Maßstab. Daraus ergab sich aber schon bald eine Raketenlücke, wie der Kanzler fand. Denn die Sowjetunion ging daran, ihre Mittelstreckenraketen zu modernisieren, und führte die SS-20 ein, abzufeuern von mobilen Abschussrampen, mit dem Ziel Westeuropa.

Schmidt machte in einer berühmt gewordenen Rede in London am 28. Oktober 1977 auf die Lücke aufmerksam. Er belehrte den amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter über die Gefahr für Europa. Tatsächlich kam es so weit, dass in mehreren europäischen Ländern mit der Stationierung von 108 amerikanischen Pershing-Raketen und 464 Marschflugkörpern begonnen wurde. Aber die Stimmung in Europa war nicht mehr auf Kalten Krieg eingestellt, auf die Logik der atomaren Abschreckung.

Eine breite Friedensbewegung formierte sich, mit besonderer Schlagkraft in der Bonner Republik. Solche Aufwallungen hatte es auch vorher schon gegeben, aber nicht mit solchen Massenkundgebungen wie im Hofgarten in Bonn oder vor US-Kasernen wie in Mutlangen, geschweige denn mit vergleichbaren politischen Konsequenzen.

Politisch gesehen war die Friedensbewegung im Großen, was die Gesamtdeutsche Volkspartei im Kleinen gewesen war: die Suche nach dem dritten Weg, der jetzt Äquidistanz hieß, gleicher Abstand zu beiden nuklearen Weltmächten. Es fügte sich auch, dass eine Ikone dieser Bewegung, die grundsätzliche Kritik am herrschenden Materialismus und Pragmatismus übte, biografisch im Protestantismus der fünfziger Jahre wurzelte: Erhard Eppler.

Wieder war die kleine Republik gespalten, wieder gab es ein konstruktives Misstrauensvotum, aber diesmal gewann die Opposition. Es blieb der Regierung Helmut Kohls vorbehalten, den Nato-Doppelbeschluss durchzusetzen. Die kleine Republik blieb verlässlich. Kontinuität in der deutschen Außenpolitik erwies sich 1983 als der entscheidende Anker.

Eigentlich war Helmut Kohl die Verkörperung des Weiter-so, er berief sich oft auf Adenauer und den Konservatismus der fünfziger Jahre. Das Neue war ihm verdächtig, auch in der Außenpolitik. Als Michail Gorbatschow auf die Bühne trat, ein neuer Typus des Sowjetführers, rhetorisch gewandt, gab Kohl dem Magazin „Newsweek“ ein Interview, in dem er sagte: „Ich bin kein Narr. Er ist ein moderner kommunistischer Führer, der sich auf Public Relations versteht. Goebbels, einer von jenen, die für die Verbrechen der Hitler-Ära verantwortlich waren, war auch ein Experte in Public Relations.“

Das war, im Herbst 1986, nicht der erste Fauxpas. Im Jahr zuvor hatte er Ronald Reagan über den Soldatenfriedhof in Bitburg geschleppt, ein Skandal, da dort auch Mitglieder der Waffen-SS begraben



# MÜDE FÜSSE? NIE WIEDER!

ICH TRAGE MEPHISTO-SCHUHE  
MIT SOFT-AIR TECHNOLOGIE.



FOLCO (5 ½ - 12)



DALFON (5 ½ - 12)

## FÜR MOOSWEICHES UND ERMÜDUNGSFREIES GEHEN.

Müde Füße gehören dank der SOFT-AIR TECHNOLOGIE von MEPHISTO der Vergangenheit an. Die elastische und superweiche SOFT-AIR-Zwischensohle reduziert die Auftrittsstöße auf ein absolutes Minimum.

Das schont die Füße, entlastet die Gelenke und wirkt sich schonend auf die Bandscheiben aus.



# MEPHISTO

DIE LAUFSENSATION

[www.mephisto.com](http://www.mephisto.com)

lagen. 40 Jahre waren seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vergangen, doch diese Vergangenheit übte Macht über die Gegenwart aus.

Als Kanzler der Einheit aber hat sich Helmut Kohl historische Verdienste erworben. „Glückwunsch, Kanzler!“, schrieb Rudolf Augstein im SPIEGEL. Plötzlich zeigte sich, dass die Gegenwart sich aus den Fesseln der Vergangenheit lösen konnte. Die Geschichte revidierte sich. Deutschland, das 1945 wie zur Strafe für Hitler, für den Krieg und für Auschwitz mit der Teilung belegt worden war, wurde wieder eins. Und dafür sorgte Michail Gorbatschow, der in diesem welthistorischen Drama eine Rolle übernahm, die es so kaum je gegeben hatte: den großzügigen Verlierer.

Berlin und Kiew. Thatcher versuchte den amerikanischen Präsidenten George H. Bush davon zu überzeugen, dass nicht sein konnte, was nicht sein durfte. Die Regierung in Washington stand wohl nur eine kurze Weile unter Schock, wog dann aber die Nachteile gegen die Vorteile auf: Das Ende der bipolaren Welt war ein Segen, so blieb die USA als alleinige Weltmacht zurück.

Und da war ja auch Helmut Kohl, der Vertraueneinflößende. Er versprach Kontinuität, er stand nicht im Verdacht, die Ketten zu sprengen und ein „Viertes Reich“ auszurufen. Und so kam es, wie niemand gedacht hätte, dass es kommen würde: Das vereinte Deutschland blieb in den gewachsenen Bindungen, in der Nato, in der Eu-

Dazu gehört ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat.“

Zu forsch, zu schnell. Der Kanzler ließ Kinkel gewähren und distanzierte sich zugleich von ihm: „Ich war nicht einer von denen, die gesagt haben, die Deutschen müssen jetzt unbedingt in den Weltsicherheitsrat.“

1998 endete Kohls Ära. Jetzt breche „Normalität“ an, sagten Gerhard Schröder und Joschka Fischer, die Matadoren der 68er-Generation. Was immer sie auch vorgehabt hatten: Auch die rot-grüne Regierung bewegte sich in den bekannten Bahnen deutscher Außenpolitik. Sie kam Wünschen der USA nach Teilnahme an zwei Kriegen nach. Und als sie sich dem Wunsch Amerikas verschloss, sich beim Abenteuer im Irak militärisch zu engagieren, stand sie keineswegs allein, sondern mit Frankreich – und Russland – gegen George W. Bush.

Der Krieg im Kosovo 1999 war eine Zäsur, der erste große militärische Einsatz seit dem Zweiten Weltkrieg – mit „Tornado“-Kampfflugzeugen, die serbische Radarstellungen angriffen. Die Teilnahme der Deutschen war im eigenen Land hochumstritten, und die Regierung hatte Not, sie zu rechtfertigen.

Als die Luftangriffe im Frühjahr 1999 wenig Wirkung erzielten, schwärmten die Minister aus und legitimierten den Krieg mit moralischem Überschwang: Dort unten auf dem Balkan gelte es, Massenmord zu verhindern – nie wieder Auschwitz, so war Fischer zu verstehen, sei wichtiger als nie wieder Krieg.

Schröder und Fischer schlugen den hohen Ton an, sie gaben sich aus als Lordsiegelbewahrer der politischen Moral, eingedenk deutscher Vergangenheit. Auschwitz war die ultimative Legitimation und wurde seither auch nicht mehr bemüht. Die Regierung ging davon aus, dass die friedfertig gewordenen Deutschen anders nicht auf diesen Krieg einzustimmen seien.

60 Jahre ist es her, seit die kleine Republik gegründet wurde. Sie ist jetzt groß, sie blüht nicht mehr so strahlend wie früher, die weltweite Krise des Kapitalismus bildet eine gewaltige historische Zäsur und lädiert auch das deutsche Modell. Deutschland ist eine ökonomische Großmacht in Europa und eine gehobene Mittelmacht nach internationalem Maßstab. Zuverlässig. Auf diplomatische Konfliktlösung spezialisiert. In sicheren Bündnissen. Adenauers Projekt mit viel Kontinuität.

Fürs Bewahren und Verändern des Überkommenen ist jetzt Angela Merkel zuständig, die Nummer acht unter den Kanzlern der 60 deutschen Jahre.



REUTERS

Kanzlerin Merkel im Hubschrauber über Afghanistan 2007: *Bewahren und verändern*

Über den Wandel mitten in Europa waren die westlichen Alliierten allerdings wenig glücklich. Damals habe er, schrieb François Mitterrand, in der „Dialektik von erlebter Vergangenheit und vorgestellter Zukunft“ gelebt. Die Vergangenheit war der Krieg Hitlers, die Zukunft, so schien es Mitterrand, war die Wiederauferstehung eines ruhelosen Deutschlands mitten in Europa, das die Kräfteverhältnisse zu seinen Gunsten verändern würde.

Nicht anders wertete Margaret Thatcher die Konsequenzen der friedlichen Revolution. Helmut Kohl zitiert in seinen Memoiren Äußerungen der britischen Premierministerin aus dem Herbst 1989. Sie habe gesagt: „England und Westeuropa haben kein Interesse an einer deutschen Wiedervereinigung. Sie würde eine Änderung der Nachkriegsgrenzen bedeuten – und das wollen wir nicht, weil sich dadurch die internationale Lage destabilisiert und unsere Sicherheit bedroht werden kann.“

Mitterrand begab sich noch im Dezember 1989 auf Inspektionsreise nach Ost-

europäischen Gemeinschaft. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag besiegelte im September 1990 den Wandel. Die neue Republik gewann volle Souveränität, die Siegermächte gaben sie frei. Der Kreis schloss sich.

Ironischerweise hatte Konrad Adenauer nicht falsch gelegen: Erst die Westbindung, dann Wiedervereinigung, irgendwie, lautete seine Wunschvorstellung. Die Wiedervereinigung ergab sich wirklich aus der Westbindung. Das Irgendwie erfüllte sich in Gorbatschow.

Acht Jahre blieb Helmut Kohl noch Kanzler. Außenpolitisch war diese Kontinuität vorteilhaft, denn so verebbte die Angst vor den Deutschen in Europa und der Welt. Der Kanzler federte auch Sonderwünsche aus seiner Regierung ab. So fand FDP-Außenminister Klaus Kinkel 1993, dass Deutschland Anspruch auf Aufnahme in den Kreis der ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat der Uno habe: „Die Deutschen müssen nach der Wiedervereinigung und der neu gewonnenen vollen Souveränität runter von den Zuschauerbänken und voll handlungsfähig werden.“

IM NÄCHSTEN HEFT

**Der Wohlfahrtsstaat ist ein historischer Fortschritt. Er kann allerdings keineswegs verhindern, dass die Kluft zwischen Arm und Reich stetig wächst.**